



Prof. Dr. Maria Böhmer, 1950 in Mainz geboren, studierte Mathematik, Physik, Politikwissenschaft und Pädagogik. 24-jährig legte sie bereits ihre Dissertation vor, 1982 die Habilitation in Pädagogik. 1985 wurde Maria Böhmer Mitglied der CDU, seit 1990 gehört sie dem

Bundestag an. Seit dem 23. November 2005 bekleidet Maria Böhmer das Amt einer Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und ist Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Maria Böhmer lebt seit vielen Jahren in Mainz-Hechtsheim.

Als Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration bekleiden sie seit eineinhalb Jahren ein in der Öffentlichkeit stark wahrgenommenes Amt. Unter Ihrer Federführung kam im letzten Sommer der erste Integrationsgipfel zustande, an dem mehr als 70 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft teilnahmen und dessen zentrales Anliegen es insbesondere ist, nicht mehr über, sondern mit den Migrantinnen und Migranten zu sprechen und die Integration zu gestalten. Auf dem Weg zu einem Nationalen Integrationsplan haben Ende März die Arbeitsgruppen ihre Beratungen abgeschlossen – welche Aufgaben müssen noch bewältigt werden, damit der zweite Integrationsgipfel am 12. Juli 2007 gelingt?

Und welche Unterstützung erhoffen Sie sich hierbei von den christlichen Kirchen in Deutschland?

Wir befinden uns jetzt in der Phase, in der alle Beteiligten – sowohl von staatlicher wie auch von nichtstaatlicher Seite – aufgerufen sind, den Nationalen Integrationsplan mit Leben zu füllen. Das heißt, Bund, Länder und Kommunen, die Organisationen der Bürgergesellschaft und die Migrantenverbände schauen sich die Empfehlungen der Arbeitsgruppen genau an und setzen sie in möglichst konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen um. Die Kirchen spielen hierbei eine wichtige Rolle, und ich freue mich sehr über das große Engagement der Kirchenvertreter in den Arbeitsgruppen. Was die konkreten Maßnahmen angeht, denke ich zum Beispiel an die Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft. Wir wollen die Kindergärten zu Orten der frühkindlichen Bildung und der maßgeschneiderten Sprachförderung ausbauen. Denn alle Kinder müssen bei der Einschulung so gut deutsch können, dass sie den Unterrichtsstoff problemlos verstehen. Hier können die Kirchen in ihrem Wirkungsbereich viel tun.

Der Wille zur Integration ist entscheidende Voraussetzung für deren Gelingen. Zentrales Moment ist hier ohne Zweifel die deutsche Sprache. Sie selbst zitierten in diesem Zusammenhang Wittgenstein: „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt.“ Was wird getan, angesichts noch immer an-

zutreffender Fälle, in denen schon Jahre in unserer Mitte lebende Einwanderer sich kaum verständigen können?

Neben der gezielten Sprachförderung von Anfang an werden wir im Rahmen des Nationalen Integrationsplans unter anderem die Integrationskurse verbessern. Wir werden gezielte Angebote für Analphabeten, für Jugendliche und für Frauen und Mütter bereit stellen und dazu die Stundenzahl um die Hälfte von 600 auf 900 Stunden erhöhen. Die kursbegleitende Kinderbetreuung soll so gestaltet werden, dass parallel auch für die Kinder Sprachförderung stattfindet. Außerdem werde ich noch in diesem Jahr ein bundesweites Netzwerk Bildungspaten ins Leben rufen. Wir wollen engagierte Bürger dafür gewinnen, sich ehrenamtlich um die Bildung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu kümmern. Auch der Bereich berufliche Bildung wird hierbei eine wichtige Rolle spielen. Die Resonanz ist übrigens schon jetzt sehr groß, das freut mich besonders.

Besonders problematisch scheint nach wie vor die Situation muslimischer Frauen. Ich denke hier auch an die türkische Rechtsanwältin Seyran Ates, die als unerschrockene Kämpferin für die Rechte vorrangig türkischer Frauen eintrat und sich nach massiven Anfeindungen und Gewaltandrohungen im August vergangenen Jahres genötigt sah, ihre Kanzlei aufzugeben. Sie haben nicht nur in diesem Zusammenhang

darauf hingewiesen, dass für alle, die in unserem Land leben, das Grundgesetz gelte, zu dem auch die Gleichberechtigung der Frau gehört. Für Schlagzeilen sorgte jüngst die Entscheidung einer Frankfurter RichterIn, die angesichts des marokkanischen Kulturkreises, aus dem das Paar stammt, ein Züchtigungsrecht des Ehemannes als nicht unüblich ansah und sich in ihrer Urteilsbegründung gar auf den Koran berief. Seyran Ates sprach von einer seit vielen Jahren beobachteten Unsicherheit der deutschen Rechtsprechung im Umgang mit Muslimen. Teilen Sie diesen Eindruck?

Ich möchte die falsche Entscheidung einer einzelnen RichterIn nicht verallgemeinern. Ich stimme Frau Ates aber ausdrücklich zu: In unserem Land ist das Grundgesetz oberstes Recht. Die Religionsfreiheit ist ein hohes Gut, aber sie darf nicht als Rechtfertigung herhalten, um das Grundgesetz auszuhebeln. Die Gleichberechtigung von Frauen ist eines der ganz wesentlichen Grundrechte, die unsere Verfassung garantiert. Diese Grundrechte gelten für alle in unserem Land und sind nicht verhandelbar. Deshalb ist es mir auch so wichtig, dass gerade die nachwachsende Generation von Migrantinnen in einem Klima der Gleichberechtigung aufwächst. Dazu gehört der gemeinsame Unterricht von Jungen und Mädchen in allen Fächern – also auch in Sport und Schwimmen – ebenso wie gemeinsame Klassenfahrten. Denn in den Schulen wird ja nicht nur Wis-

sen vermittelt, es geht auch um soziales Lernen, um das Erfahren von Gemeinschaft in der Klasse. Mädchen müssen die gleichen Chancen haben wie Jungen, all dies zu erleben.

**Ein spezielles Problem sind Menschen in der Illegalität. Unmittelbar nach Amtsantritt betonten Sie bereits die dringende Notwendigkeit, sich der ohne Aufenthaltstitel und ohne Duldung in Deutschland Lebenden anzunehmen. Welche rechtlichen Lösungen in dem Spannungsverhältnis Bekämpfung der Illegalität und Wahrung der Menschenrechte wurden und werden hier entwickelt?**

Wir haben zunächst einmal mit dem Bleiberecht einen großen Fortschritt für Flüchtlinge und andere aus humanitären Gründen geduldete Menschen in unserem Land erzielt. Diese Menschen bekommen, wenn sie sich schon längere Zeit in Deutschland aufhalten, eine gesicherte Perspektive: Sie kommen heraus aus der oft ungewollten Abhängigkeit von staatlichen Leistungen und können mit eigener Arbeit den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien verdienen. Das ist auch integrationspolitisch ein wichtiger Schritt, denn Arbeit und Integration gehören zusammen. Bis zum 30. September gilt zunächst einmal die von den Innenministern der Länder vereinbarte Bleiberechtsregelung, und ich bin sehr zuversichtlich, dass bis dahin das bundeseinheitliche Gesetz zum Bleiberecht vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde.

**Ihr vielfältiges Engagement scheint stets von einer christlichen Grundhaltung geprägt. Im evangelischen Magazin Chrismon waren vor einiger Zeit Gespräche mit ausgewählten Bundestagsmitgliedern aller Fraktionen und deren offensives Bekenntnis zum Glauben zu lesen. Ergeben sich aufgrund dessen sozusagen eigene Koalitionen?**

Das kann schon einmal der Fall sein. 2002 habe ich zusammen mit Andrea Fischer von den Grünen und Margot von Renesse von der SPD das Gesetz zum Import embryonaler Stammzellen initiiert. Es bekräftigt das hohe Niveau des Embryonenschutzes in Deutschland. Wir haben sicher auch deshalb zusammengefunden, weil wir hier auf der Grundlage unserer Glaubensüberzeugungen handelten.

**Bundespräsident Horst Köhler hat in seinem Grußwort an die Dritte Ökumenische Versammlung im Februar des Jahres in der Stadtkirche zu Wittenberg formuliert, der Motor der Ökumene sei ins Stocken geraten und benötige neuen Schwung. Welche Schwerpunkte setzten Sie hierbei?**

Die Ökumene ist Aufgabe der Kirchen und vor allem der Gläubigen. Insofern kann ich nur als Gläubige sprechen. Da wünsche ich mir schon, dass wir mit der Ökumene weiter vorankommen. Ich setze darauf, dass wir von Papst Benedikt XVI noch einige Signale erwarten können.

**Ungeachtet immenser Arbeitsbelastung sind Sie dennoch ab und an auf dem Fahrrad innerhalb Hechtsheims unterwegs und gönnen sich offenbar auch in Abständen das Eintauchen in die Normalität. Markus Schächter betonte im Januar ebenfalls seine enge Anbindung an Hechtsheim und nutzte zur Illustrierung das Feuchtwanger-Zitat: Nachbarn sind wichtiger als Verwandte, du brauchst sie früher. Teilen Sie diese Sichtweise?**

Ja, ich lebe sehr gerne hier, auch wenn ich viel zu selten in Hechtsheim sein kann. Was würde ich ohne meine Nachbarn und meine Freunde machen? Hier kann ich zu Weinfesten gehen, einkaufen, die Seele baumeln lassen.

**Ihr Leben in der Politik wird kaum Raum für Privates lassen, dennoch die Frage ganz am Schluss: Was käme Ihnen in den Sinn, könnten Sie sich auf diesem Feld etwas wünschen?**

Zeit! Mehr Zeit für die Menschen, denen ich verbunden bin. Diese Zeit ist das Kostbarste in unserem Leben!

*Das Gespräch führte Cornelia Funke*



Evangelische Jugend Hechtsheim  
und  
Katholische Jugend Hechtsheim

präsentieren

**ROCKT  
DAS  
ZENTRUM!**

Livebands & After-Show-Party

Freitag, 15. Juni 2007, ab 19.30 Uhr

Eintritt 2,00 Euro

Katholisches Gemeindehaus  
Georg-Büchner-Straße

